

## Wie gefährlich sind Asbestfasern?



Der Kieler Toxikologe Dr. Hermann Kruse in Berkenthin

Auf der Veranstaltung der Bürgerinitiative im Sportzentrum Berkenthin am 22. November 2011 über die geplante Umlagerung von Asbestabfällen aus Wunstorf-Luthe nach Rondeshagen und Schönberg (Mecklenburg) erläuterte Klaus Koch vom Umweltnetzwerk aus Hamburg die Zusammenhänge der geplanten Transporte und Dr. Hermann Kruse als Toxikologe die Gefahren der Asbestfasern, wenn sie freigesetzt werden.

Klaus Koch ist Berater der BI und Mitglied des Deponiebeirates der Deponie Schönberg. Er informierte über die Zusammensetzung der Halde in Wunstorf-Luthe. Asbestzementstäube, Asbestzementabfälle und Bauschutt liegen auf einer Fläche von ca. 20 000 qm. 187.000 m<sup>3</sup> dieser Abfälle sind seit 1923 auf dem ehemaligen Gelände der Firma Fulgurit gelagert. Keiner weiß, was sich im Innern der Halde befindet. In unmittelbarer Nähe sind auf einem Acker Asbestscherben gefunden worden. Klaus Koch ist der Meinung, dass wesentlich mehr Transporte erforderlich sind, als die bereits geplanten 7.000 Fahrten. Ursprünglich waren dafür neun Monate eingeplant. Für diese gefährlichen Transporte wurde bereits in 2009 die Vorschrift von einer Länderkommission verändert. Vorher waren große

geschlossene Behälter (Bigpacks) vorgeschrieben, jetzt dürfen „Asbestschlämme“ auf Lastwagen offen mit Plane transportiert werden. Das ist der eigentliche Umweltskandal! Normalerweise darf Asbest so nicht transportiert werden.

Dr. Hermann Kruse beleuchtete als Toxikologe die Probleme von Asbest-Abfällen für die Grundwasserbelastung und die Belastung der Außenluft. Durch das Einatmen der Asbestfasern wird nachweislich Krebs verursacht. 70 % aller anerkannten Berufskrankheiten sind auf Asbest zurückzuführen. 800 Menschen sterben jährlich in Deutschland an asbestbedingten Tumoren. Es ist das gefährlichste und das am meisten gefürchtete Mineral der Erde. Schon eine einzige Faser kann Auslöser für einen Tumor sein. Gefährdet sind nicht nur Arbeiter, die unmittelbar mit Asbest in Berührung kamen bzw. immer noch kommen, sondern auch außerhalb der Produktionsstätten können Fasern eingeatmet werden. Und dies ist bei den anstehenden Transporten zu befürchten. Dr. Kruse schlägt vor, den Asbestmüll in Wunstorf zu lassen, so wie es bereits vor Jahren empfohlen wurde.

**An der Demonstration gegen die Asbesttransporte am 27. November 2011 nahmen aus der Region über 1.000 besorgte Bürger teil. Die große Kundgebung fand neben der Deponie auf dem Gelände der alten Ziegelei statt.**



## Im Interview: Bürgerinitiative gegen die Deponie Rondeshagen

Aus aktuellem Anlass standen vom Vorstand der Bürgervereinigung gegen die Giftmülldeponie Rondeshagen — Groß Weeden e.V. Volker Peters, Berkenthin (VP) und Kersten Brüggmann, Düchelsdorf (KB) Werner Rosche und Michael Grönheim vom Berkenthiner Boten (BB) Rede und Antwort.

BB: Frau Brüggmann und Herr Peters – können die Transporte gestoppt werden?

VP: Derzeit haben wir nur einen Verschnaufpause erreicht. Die Transporte sind vorerst ausgesetzt, bis das zuständige Umweltministerium mit Frau Dr. Rumpf an der Spitze sowie ihr Staatssekretär Rabius ein in Auftrag gegebenes eigenes Gutachten erhalten und ausgewertet haben. Das ist ja bereits ein großer Fortschritt, da bis vor wenigen Tagen das Ministerium sich ausschließlich auf die doch fragwürdige Expertise aus Niedersachsen gestützt hat.

KB: Für mich entsteht der Eindruck, als hätte sich die Umweltministerin zu Anfang überhaupt nicht mit der Thematik Asbesttransport befasst. Sie übernahm einfach die Argumente aus Niedersachsen und wunderte sich dann, dass das Medienecho eindeutig negativ war. Ich bin überzeugt, dass ihr Meinungswandel auch etwas mit unseren Protesten hier vor Ort zu tun hat. Hinzu kommt die sehr gut besuchte Informationsveranstaltung mit unseren Experten Dr. Hermann Kruse, Toxikologe an der Uni Kiel und Klaus Koch vom Umweltnetzwerk Hamburg. Und dann unser Protestmarsch am ersten Advent mit über 1.000 Teilnehmern.

VP: Für die BI möchte ich hier auch erwähnen, dass alle politischen Gruppierungen bei uns vor Ort und auf Amtsebene und auch auf Kreisebene an einem Strang gezogen haben. Ohne die logistische Organisation und Mann- und Frauenpower hätten wir den Protestmarsch in der Kürze der Zeit selbst nicht hinbekommen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich! Was die Haltung der Landespolitik anbelangt, wird man abwarten müssen, ob sie in ihrer Ablehnung der Transporte Kurs halten werden. Immerhin haben wir alle betroffenen norddeutschen Landesparlamente mit dem nötigen Hintergrundwissen versorgt.

BB: Die BI kämpft seit über 30 Jahre gegen die Deponie

KB: Ende der 1970er Jahre wurde Rondeshagen als ein Standort für eine Sondermülldeponie „auserkoren“. Zum damaligen Zeitpunkt existierte die vorherige dort befindliche Ziegelei nicht mehr und war aufgegeben worden. Aufgrund des tonhaltigen Untergrunds entschied man sich dann für Groß-Weeden. Schon damals gab es eine Vorläufer-Bürgerinitiative.

VP: Die BI in der jetzigen Konstellation formierte sich Ende der 1980er Jahre, hauptsächlich weil aufgrund eines Umweltunfalls an der A1 verseuchte Erde mit Kresol in Rondeshagen eingelagert werden sollte. Der damalige Umweltminister Heydemann sprach von einer Zwischenlösung, ein Endlager sollte kurzfristig gefunden werden. Dies erinnert mich doch sehr an die nicht gelöste Endlagerung von Atommüll.



Volker Peters und Kersten Brüggmann von der BI

KB: 1994 wurde dann eine Erweiterung der Deponie geplant. Dazu sollte der Ausbau auf der Fläche Richtung Kastorf / Bliestorf erfolgen. Es kam zu ersten großen Protesten, ebenfalls mit einem Protestmarsch über die Bundesstraße. Danach hatten wir relativ eine lange Zeit Ruhe, die aber in 2008 wieder in große Proteste mündete, als der Deponiebetreiber eine Befeuchtungsanlage in Rondeshagen plante, um trocken eine Anlieferung von Filtergasstäuben zu ermöglichen, die erst vor Ort dann befeuchtet werden sollten. Auch dies konnten wir erfolgreich verhindern.

BB: Wie ist dann das Verhältnis zum Betreiber der Deponie?

VP: Nach 2008 konnten wir uns endlich mit unserer Forderung nach Wiedereinsetzung eines Deponiebeirats durchsetzen. Dieser hat in den vergangenen drei Jahren auch regelmäßig getagt. Es war und es bleibt ein Fortschritt, diesen Beirat eingerichtet zu haben. Wir haben uns tatsächlich regelmäßig getroffen und Einblicke in die Abläufe und teilweise auch Geschäfte der Deponie erhalten, die wir ansonsten nie bekommen hätten. Mit Blick auf die derzeit schon anstehenden Asbesttransporte haben wir allerdings auf unsere Anfrage hin noch vor wenigen Monaten nur nebulöse Auskünfte erhalten. Man befindet sich noch im Wettbewerb und könne deshalb zu dem Ob und Wie noch nichts sagen. Hier sind wir offensichtlich bewusst getäuscht worden, zumal wir keine andere Möglichkeit hatten, uns über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Auch über das Ausmaß und die Risiken des Transportes mussten wir uns später über andere Kanäle informieren. Hier ist sicherlich aufgebautes Vertrauen missbraucht worden. Die Idee des Beirats war, die Geschäfte der Deponiebetreiber eng und kritisch zu begleiten, damit die Deponie im Rahmen der geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen möglichst schnell und sicher erfüllt wird. Dieser Ansatz bleibt grundsätzlich nach wie vor richtig. Die Fortsetzung des Dialogs, der sicherlich auch auf gegenseitigem Vertrauen basierte, dürfte allerdings nach den Erfahrungen der letzten Wochen äußerst schwierig werden. Sicherlich wird man über vieles neu nachdenken müssen.

## Kommentar: Wie löst Umweltministerin Rumpf das Problem?

Die Problem-Deponie in Wunstorf-Luthe besteht nun seit fast 90 Jahren, seit Anfang der 1990er Jahre wird dort kein Sondermüll mehr deponiert. Und nach über 20 Jahren wird in einer „Nacht- und Nebelaktion“ der größte Mülltransport aller Zeiten „klammheimlich“ in Gang gesetzt — und keiner weiß darüber richtig Bescheid? Das ist für uns der eigentliche Skandal! Und das mit 10 Mio. EURO aus Steuermitteln! Das verstehen nicht!

Was macht unsere Umweltministerin? Sie verlässt sich auf die Angaben aus Niedersachsen, dem Auftraggeber, ohne kritisch nachzufragen, gegen alle gesundheitliche Bedenken von Medizinern und Fachleuten aus ihrem eigenen Bundesland. Wem ist die Ministerin verpflichtet? Ihren Bürgern oder den Unternehmen, die daran verdienen? Wobei es auch ökologischer Wahnsinn ist, den Transport zu unternehmen.

Nicht nur die Bürger in Rondeshagen und Schönberg haben Angst vor dem Asbest, sondern auch die Bürger in der weiteren Umgebung und an der gesamten Fahrtstrecke der über 210 km, die die Laster nehmen, wenn sie die Asbestabfälle nach Rondeshagen und nach Schönberg transportieren.

Wir fordern von Frau Rumpf, unsere Umweltministerin in Kiel, die dilettantische Art der Problemlösung zu verlassen und sich endlich des Rates von unabhängigen Gutachtern und Medizinern zu bedienen und nicht die Gesundheit der Bevölkerung zu gefährden.

Die ungefährlichste Art der Entsorgung ist, auch nach Expertenrat, der Asbestmüll bleibt dort, wo er jetzt liegt und wird fachmännisch abgedeckt.

(wr / mg)

## Ehrungen für 45 und 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

Auf der Mitgliederversammlung im Gasthof Meier zum Jahresende führten die Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Werner Rosche die Ehrungen durch. **Gustav Pohl** und **Heinz Tessmer** wurden für 45jährige Parteimitgliedschaft geehrt. Gustav Pohl war über 32 Jahre Mitglied der Gemeindevertretung Berkenthin. Er hat grundlegenden Anteil an einem Wiederaufbau der SPD Berkenthin in den 1960iger Jahren. Heinz Tessmer war viele Jahre für die Gewerkschaft ehrenamtlich tätig.

**Traute Rosche**, **Onno Boerma** aus Klempau und **Joachim Glinkemann** aus Rondeshagen wurden für 40jährige Parteimitgliedschaft geehrt. Traute Rosche gehört der Gemeindevertretung Berkenthin seit 1992 an, zuerst als bürgerliches Mitglied, von 1998 an ist sie Vorsitzende des Verwaltungs- und Finanzausschusses. Onno Boerma war Mitglied der Gemeindevertretung Klempau 1990 – 1993 und dann wieder seit 1998 und ist seit drei Jahren stellv. Bürgermeister von Klempau.

Im Anschluss an die Ehrungen durch Werner Rosche berichtete Gabriele Hiller-Ohm von ihrer Arbeit als SPD-Abgeordnete im Bundestag als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für Tourismus. Am Tag der Behinderten am 3. Dezember 2011 ging es vor allem um die Barrierefreiheit. Gabriele Hiller-Ohm erklärte als stellv. tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag, dass wir die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in allen Teilen der Gesellschaft sicherstellen müssen, auch im Tourismus. Urlaub und Reisen müssen für alle Menschen möglich werden. Die SPD-Fraktion will den Ausbau der Barrierefreiheit im Schienenverkehr beschleunigen. Oft

scheitert ein Urlaub schon durch Anreise-Probleme. Gehörlose, sehbehinderte und blinde Menschen haben auch heute noch große Probleme, sich auf Bahnhöfen zurechtzufinden. Für Rollstuhlfahrer sind Busse, Züge und vor allem Flugzeuge entweder gar nicht oder nur mit Mühe zugänglich.

Beim Betreuungsgeld von 150 bis 200 Euro für Väter und Mütter, deren Kinder nicht in den Kindergarten gehen, setzt die SPD sich für die Abschaffung ein, wenn sie 2013 die Mehrheit findet. Das Betreuungsgeld setze die Chance der Kinder aufs Spiel, die frühe Bildung am nötigsten haben.

Der Elbe-Lübeck-Kanal wurde als Schifffahrtsstraße herab gestuft, obwohl der Bahnverkehr auf der Strecke Hamburg – Lübeck schon die Kapazitätsgrenze erreicht hat. Es werden in den nächsten Jahren keine finanziellen Mittel zum Ausbau und zur Weiterentwicklung zur Verfügung stehen.

v.l.n.r. **Onno Boerma**, **Werner Rosche**, **Gustav Pohl**, **Gabriele Hiller-Ohm**, **Traute Rosche**, **Joachim Glinkemann**, und **Heinz Tessmer**



## SPD Ortsverein Berkenthin

Herausgeber:  
SPD Berkenthin  
Vorstand des Ortsvereins  
(verantwortlich)  
Redaktion: Michael Grönheim  
Auflage: 1.500 Stück

Service-Telefon im Telefonbuch unter  
SPD 04544 / 80 89 704

E-Mail:  
zeitung@spd-berkenthin.de

Verteilung an alle Haushalte kostenlos

**Vor Ort sind wir da**

**Wir wünschen für das  
Jahr 2012 alles Gute.  
Ihre SPD Berkenthin**

### Kurzmeldungen aus Berkenthin und Umgebung

- Zum Kreisparteitag am 25. Juni 2011 in Berkenthin stellte der SPD Ortsverein eigene Anträge zum ÖPNV sowie zum Energiesparen. Alle Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.
- Ute Keiser-Pytlik wurde in Kiel durch den stellv. Ministerpräsidenten Heiner Garg die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland für ihre ehrenamtliche Arbeit (Volkshochschule, Gleichstellungsbeauftragte und Schiedsperson) verliehen.
- Auf Initiative der Berkenthiner SPD verabschiedete der Kreisparteitag am 19. November 2011 in Mölln einstimmig eine Resolution gegen die Asbest-Transporte.
- **Termine:**
  - 03.02.12 Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Lübeck
  - 17.02.12 12. Traditioneller Skat- und Knobelabend des SPD Ortsvereins Berkenthin. Anmeldungen bei F. Fiedler Tel. 14 78 oder M. Brauer Tel.: 17 99
  - 11.08.12 Sommerfest des SPD Ortsvereins
- **Mitgliederversammlungen des SPD Ortsvereins im ersten Halbjahr 2012**
  - Dienstag, 07.02.
  - Montag, 16.04.
  - Donnerstag, 31.05.

## Gemeindevertretung: Der Verwaltungsausschuss

Einer der „großen“ Ausschüsse der Gemeindevertretung ist der Verwaltungsausschuss. Er besteht aus sieben Mitgliedern, von denen je zwei von der BWI sowie der CDU gestellt werden. Die drei SPD-Mitglieder sind Traute Rosche als Ausschussvorsitzende sowie Heike Brauer und Hans-Helmuth Storm.

Dem Verwaltungsausschuss obliegt eine Vielzahl von Aufgaben, die in der Zuständigkeitsordnung als Teil der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegt sind. So ist der Ausschuss verantwortlich für die Finanzierung z.B. der Bereiche Feuerwehr, Jugendpflege, Bildung, Pachten und Mieten und alle Angelegenheiten des Bauhofs und des zugehörigen Personals.

Die wichtigste Aufgabe ist jedoch die Aufstellung eines Haushalts. Am Ende eines Jahres werden der Haushaltsplan und das Investitionsprogramm für das kommende Jahr erstellt.

Dazu legt die Finanzabteilung der Amtsverwaltung einen Entwurf vor, der vom Ausschuss geprüft und mit evtl. Änderungen verabschiedet wird – allerdings nicht abschließend, sondern nur als

Empfehlung für die Gemeindevertretung. Dort fällt dann die endgültige Entscheidung.



v.l.n.r. Die SPD Mitglieder im Verwaltungsausschuss der Gemeinde Berkenthin — die Ausschussvorsitzende Traute Rosche, Hans-Helmuth Storm und Heike Brauer